

**Roland Hamm, Christa Klink**  
**Die Linke. im Aalener Gemeinderat**

**Haushaltsrede und Beschlussanträge zum Haushalt 2023**

- es gilt das gesprochene Wort -

Aalen, 24.11.2022

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Herren Beigeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wie in den zurückliegenden Jahren waren wir auch dieses Jahr durch schwierige Rahmenbedingungen in der kommunalpolitischen Verantwortung beeinflusst.

Herr Oberbürgermeister Brütting, Sie haben in Ihrer Rede zur Haushaltseinbringung am 27.10.22 die Rahmenbedingungen benannt und ich erlaube mir diese noch einmal zu wiederholen:

die Coronapandemie, der Krieg in Europa und die sich daraus ergebene Energie- und Rohstoffkrise, die Klimakrise und eine hohe Inflation,

und ich ergänze:

die daraus folgernde, unsichere wirtschaftliche Situation für 2023 und der Transformationsprozess in unserer Wirtschaft werden diese Entwicklung und deren Folgen in 2023 und möglicherweise darüber hinaus massiv verschärfen.

Die genannten Rahmenbedingungen treffen politisch die Kommunen besonders hart, führen spürbar zu Ängsten und Unsicherheit in der Bevölkerung, wie jüngste Umfragen und gesellschaftliche Entwicklungen belegen.

Die genannten Krisen treffen die am härtesten, die eh schon wenig ökonomische und soziale Sicherheit haben.

Wird die soziale Spaltung drastischer oder tun wir das Richtige und stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt und geben wir eine solidarische Antwort?

Scheinbar ewig hatte eine irre Ideologie namens Austerität die Politik und dieses Land im Griff. Argumentative Basis für „Schuldenbremse und schwarze Null“ war in der Vergangenheit stets ein beliebter inszenierter Generationenkonflikt! Auch hier im Aalener Gemeinderat, mit dem Hinweis künftigen Generationen nicht riesige Schulden zu hinterlassen und damit deren Zukunftsmöglichkeiten einzuschränken.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus!

Und bevor sich einige hier im Rat gleich wieder echauffieren und uns Linke als Populisten oder Ahnungslose bezeichnen, will ich zumindest die Kolleginnen und Kollegen von Grünen, SPD und FDP darauf hinweisen, dass es ausgerechnet die aktuelle Regierung, an der Spitze Finanzminister Lindner und der FDP-Haushälter Fricke waren, die uns allen den Sinn staatlicher Kreditaufnahmen für die Sicherung der Zukunft in der aktuellen Situation im Rahmen der Beratung des Nachtragshaushaltes erklärt und die Schuldenbremse durch Sondervermögen umgangen haben. Ich kann nur freudig, insbesondere mit Blick auf die FDP sagen: Dass ich das noch erleben durfte!

Eine (Kommunal-) Politik des „Sparens um jeden Preis“ wäre mit Sicherheit die völlig falsche Antwort auf die aktuelle Situation.

Deshalb sagen wir, auch in Aalen gilt:

wer den Krisen und Herausforderungen begegnen, mit lokalen Maßnahmen Verwerfungen in der Gesellschaft abmildern will, braucht Finanzmittel, notfalls auch über Kreditaufnahmen mit dem Titel „Sondervermögen“!

Aus Sicht der Linken im Gemeinderat ist deshalb positiv, dass neben Investitionen in Bildung und Betreuung, die Fortführung und Umsetzung begonnener und weiterer Infrastrukturprojekte, der ökologische Umbau zur Erreichung unserer gesetzten Klimaziele, die stärkere und bessere Beteiligung von Jugendlichen durch einen Jugendgemeinderat, Schwerpunkte unserer Kommunalpolitik bleiben.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

trotzdem gibt es noch viele weitere Herausforderungen und Notwendigkeiten für unsere kommunalpolitische Verantwortung, wenn wir den sozialen Frieden sichern und größer werdende Armut bekämpfen wollen, wenn wir vorhandene Benachteiligungen von Teilen unserer Mitmenschen und die nach wie vor vorhandene Wohnungsnot bekämpfen wollen. Wenn wir Arbeit und Ausbildung fair gestalten und Aalen nicht nur ökologisch, sondern auch sozial für die Zukunft ausrichten wollen.

Von diesen Ansprüchen geleitet, stellt die Gruppe *Die Linke* im Aalener Gemeinderat folgende Anträge zum Haushalt 2023:

- **Antrag Nr.1 „Mit konkreten Maßnahmen Soziale Sicherheit stärken!“**
- **1.1 Konkrete Hilfen für Kinder und Jugendliche**  
Um den betroffenen Kindern und Jugendlichen Förderangebote zu machen, sind folgende Maßnahmen zu prüfen, gegebenenfalls umzusetzen und die Finanzierung bereitzustellen:
  - a) Öffnung von Jugendeinrichtungen am Wochenende (z.B. Haus der Jugend) aber auch anderen geeigneten Einrichtungen wie Mensen, Rathäuser, Bibliotheken...) vor allem im Winterhalbjahr, mit entsprechenden Angeboten wie Verpflegung, Filme, Basteln, Spielen, Vorlesen, Malen, usw.
  - b) Angebote für Bewegung, Tanz, Sport in Sporthallen/-Räumen am Wochenende, vor allem im Winterhalbjahr, für unterschiedliche Altersgruppen
  - c) Öffnung von Außen-Sportanlagen an Schulen, wenn sie ungenutzt sind, am Wochenende und in den Ferien, vor allem im Sommerhalbjahr, mit Betreuung / Anleitung.

Die Angebote sind mit ausgebildetem Personal (Haupt- und/oder Ehrenamt) zu begleiten. Zur Unterstützung könnten Vereine, gemeinnützige Organisationen usw. angefragt werden, um sich mit Raumangeboten, personellem Einsatz oder entsprechenden Aktionen zu beteiligen.

Die Finanzierung der Maßnahmen kann durch Mittel des „Präventionsnetzwerk gegen Kinderarmut im Ostalbkreis“ ergänzt werden.\*

\*(Der Ostalbkreis fördert im Rahmen des Projekts "Gesunde Chancen für Kinder und Familien - Präventionsnetzwerk gegen Kinderarmut im Ostalbkreis" von September 2022 bis Dezember 2023 aus Mitteln des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg Maßnahmen und Projekte für armutsgefährdete und von Armut betroffene Kinder zwischen 0 und 10 Jahren sowie deren Familien. Die Projektförderung zielt auf die Armutsprävention und -bewältigung, die Erhöhung der Teilhabe- und Verwirklichungschancen sowie die Stärkung der körperlichen, psychischen und sozialen Gesundheit der Kinder und Familien ab.)

## **Begründung:**

Fast jedes fünfte Kind BaWü ist von Armutsgefährdung betroffen. In Aalen leben 5,5% aller Kinder in Haushalten, die auf Sozialhilfe angewiesen sind. Armut führt häufig zu körperlichen, sprachlichen, psychischen und sozialen Entwicklungsdefiziten. Freizeit- und Vereinsaktivitäten sind in diesen Familien oft nicht finanzierbar. Armut gefährdet den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt. Um eine Teilhabe der betroffenen Kinder und Jugendlichen am gesellschaftlichen Leben zu fördern, sind entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Die Situation droht sich sonst angesichts der bestehenden Energiekrise und Kostensteigerung noch weiter zu verschärfen.

### • **1.2 Konkrete Hilfen für in Not geratene Menschen**

**a)** Strom- und Gassperren Moratorium bei der SWA GmbH von November 22 für sechs Monate;

**b)** Verzicht auf Kündigungen in den Jahren 2022/2023 bei der Aalener Wohnungsbau von Mieterinnen und Mietern, die höhere Betriebskostenvorauszahlungen kurzfristig nicht zahlen können.

Der Gemeinderat beauftragt die Stadt die beiden Maßnahmen in den beiden städtischen Tochtergesellschaften umzusetzen, mit der Maßgabe zahlungspflichtigen Verbrauchern bzw. Mietern in den genannten Zeiträumen sozialverträgliche Angebote anzubieten, die ausstehenden Kosten in Raten zu begleichen.

## **Begründung:**

Stark gestiegene Preise z. Bsp. für Grundnahrungsmittel, Energie und eine hohe Inflation führt bei einer größer werdenden Zahl von Menschen zur finanziellen Überforderung und zu Zahlungsschwierigkeiten. Die Bundesregierung veröffentlichte am 14.09.2022 (bundesregierung.de) folgende Stellungnahme (Auszug), der wir uns voll inhaltlich anschließen:

*„Bürgerinnen und Bürger sollen zuverlässig und sicher mit Strom und Gas versorgt werden – auch wenn einzelne ihre Kosten nicht begleichen können. Können Mieterinnen und Mieter höhere Betriebskostenvorauszahlungen kurzfristig nicht zahlen, erhalten sie Schutz vor Kündigungen. Die Bundesregierung will zudem Sperrungen von Strom und Gas verhindern, indem sie die Möglichkeit schafft, Energiekosten zu stunden, wenn einzelne Verbraucher trotz Inanspruchnahme aller Unterstützungsleistungen sowie vertraglichen Finanzierungsmöglichkeiten ihre Kosten nicht bezahlen können. Das Energierecht wird entsprechend angepasst.“*

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörer\*innen,

*Die Linke.* im Aalener Gemeinderat setzt sich bekanntermaßen seit 2016 bei den jährlichen Haushaltsplanberatung mit Anträgen für die Stärkung von sozial, bezahlbaren Wohnraum ein! Zunächst als einzige Fraktion bzw. Partei im Aalener Gemeinderat. Das in den Folgejahren fraktionsübergreifend entwickelte „Aalener Modell“ ein Konsensmodell aller demokratischen Fraktionen, Gruppen und Zählgemeinschaften ist, darüber sind wir froh! Wir freuen uns auch darüber, dass unser Antrag zum Haushalt 2020, private Investoren auf 30% der bebauten Wohnflächen für „Sozialwohnungen“ zu verpflichten, zwar mit Verspätung in 2022 Wirklichkeit geworden ist. Dass die Aalener Wohnungsbau bereit ist eine Quote von 35% zu erfüllen ist positiv aber immer noch angesichts der hohen Nachfrage von Menschen mit Wohnberechtigungsschein unzureichend!

Wir stellen deshalb zur Weiterentwicklung des Aalener Modells erneut Anträge:

- **Antrag Nr. 2 „Sozial bezahlbarer Wohnraum – Weiterentwicklung des Aalener Modell“**

**2.1** Im Haushaltsjahr 2023 beträgt die Quote bei der Aalener Wohnungsbau für sozial, bezahlbaren Wohnraum mindestens 35%. Darüber hinaus beantragen wir ein Konzept der Aalener Wohnungsbau, wo und wie in Einzelfällen eine höhere Quote von bis zu 100% umgesetzt werden kann. Hierbei ist insbesondere die weitere „Innenentwicklung“ der Stadt, aber auch andere Wohnquartiere im Stadtgebiet und in den Teilorten zu berücksichtigen.

**2.2** Anknüpfend an den Antrag vom letzten Jahr „Finanzmittel für Inklusion und selbstbestimmtes Leben“ zum Haushalt 2022 beantragt die Linke erneut, für Menschen im Rollstuhl und für Seniorinnen und Senioren in allen Stadtteilen bezahlbare und geeignete, rollstuhlgerechte Wohnungen zu planen und zu bauen. Der angekündigte Bericht der Wohnungsbau Aalen GmbH dazu steht noch aus und soll zeitnah erfolgen.

**Begründung:**

1,68 % der Bevölkerung ist auf einen Rollstuhl angewiesen und benötigt rollstuhlgerechte Wohnungen, das Angebot barrierefreier Wohnungen ist für Rollstuhlfahrer unzureichend. Für diese Menschen sind in jedem Stadtteil geeignete Wohnungen einzuplanen und zu bauen. Um diesen Bedarf kümmert sich der allgemeine Wohnungsmarkt nicht, deshalb ist die Wohnungsbau Aalen damit zu beauftragen, um als städtische Tochtergesellschaft ein gesellschaftliches Zeichen zu setzen! In einer Zeitungsmeldung vom 27.08.22 wird der Bau einer rollstuhlgerechten Wohnung durch die Wohnungsbaugesellschaft Aalen in Unterkochen angekündigt. Das reicht nicht aus – deshalb stellen wir erneut diesen Antrag. Auch in Wohnungen der Aalener Wohnungsbau leben viele ältere Menschen und wollen, wenn sie auf Hilfe angewiesen sind, auch in ihrer vertrauten Wohnumgebung bleiben. Deshalb sind hier geeignete Maßnahmen u.a. zur Barrierefreiheit zu treffen.

**2.3 Initiative Werkwohnungsbau und Mitarbeiterwohnungen**

Die Stadt entwickelt gemeinsam mit der Aalener Wohnungsbau ein Konzept zur Schaffung von Wohnungsangeboten für Mitarbeiter\*innen der Stadt und ihrer Gesellschaften, angesichts des Mangels an bezahlbarem Wohnraum und gleichzeitigem Fachkräftemangel, einschl. zu wenigen Bewerbungen von Auszubildenden. Mit dem Instrument von Mitarbeiterwohnung bzw. Werkwohnungen können geeignete Lösungen für eine Verbesserung der Situation auf dem Wohnungsmarkt und einer höheren Arbeitgeberattraktivität erreicht werden.

Mit dieser Initiative soll aktiv auf die Landkreisverwaltung und die regionale Wirtschaft zugegangen werden, um ebenfalls Konzepte zu erstellen und Investitionen für Mitarbeiterwohnungen bzw. Werkwohnungen zu tätigen. Steuerliche Vorteile und Förderprogramme von Bund und Land stehen als Finanzierungsinstrumente zur Verfügung.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

im dritten Antragsschwerpunkt wiederholen wir unser Anliegen aus der Haushaltsplanberatung 2021. Auch dieses Anliegen hat an Dringlichkeit zugenommen.

Deshalb stellen wir den Antrag

- **Nr. 3 Tariftreue bei Vergabe öffentlicher Aufträge der Stadt Aalen und ihrer Gesellschaften**

Die Stadtverwaltung stellt sicher, dass bei der Entscheidung/Vergabe öffentlicher Aufträge Kriterien wie Tariftreue berücksichtigt werden. Um regionale Anbieter berücksichtigen zu können, sind entsprechenden Losgrößen auszuschreiben. Bei Vergaben an Generalun-

ternehmen ist sicherzustellen, dass sogenannte Sub- und Sub-Sub-Unternehmen ebenfalls die genannten Kriterien erfüllen.

**Begründung:**

Tarifverträge schützen Unternehmen und Beschäftigte vor Lohndumping und schaffen so die Grundlage für einen fairen Wettbewerb. Künftig sollen Bund, Land und Kommunen Aufträge nur an Betriebe vergeben, die die geltenden Tarifverträge ihrer jeweiligen Branche anwenden. Tariftreue muss belohnt werden. Wo es keine Tarifverträge gibt, gilt ein vergabespezifischer Mindestlohn von mindestens 13,50 Euro in der Stunde.

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörer\*innen,

Kommunen handlungsfähig zu halten ist auch ein Verfassungsauftrag.

Fest steht, die Kommunen sind mehr denn je systemrelevant für unsere Gesellschaft und den Staat als unmittelbares Bindeglied zwischen der „großen Politik“ und den Menschen. Auf die Kommunen kommen aktuell und künftig weitere Herausforderungen zu, die sie im Interesse der Bürger\*innen und eines sozial verantwortlichen Miteinander lösen müssen.

Solidarität bedeutet: Niemanden zurücklassen und die Gewinner der Krise, an der gerechten Finanzierung der Krisenlasten beteiligen.

Wie wollen wir unserer lokalen, sozialen Verantwortung gegenüber den Menschen, unserer Verantwortung für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt ohne die notwendigen Finanzmittel gerecht werden? Weil Kommunalpolitik systemrelevant ist, müssen wir unsere Stimme erheben und unsere Forderungen zur Finanzierung kommunaler Aufgaben gegenüber dem Bund und dem Land geltend machen.

Zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchten wir uns herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für ihre Arbeit bedanken.

In diesen Dank ist selbstverständlich auch eingebunden die Stadtspitze mit OB Brütting, den Beigeordneten Steidle und Ehrmann, sowie der Kämmerei mit Frau Faußner, Herr Barth und Team für die Erstellung des Haushaltsentwurfs.

Wir sind gespannt auf die weitere Beratung der nun vorliegenden Haushaltsanträge und bedanken uns für Ihre Aufmerksamkeit!